

#AUFNACHENZUWAHL



Landesjugendring
Schleswig-Holstein e.V.

UNSERE FRAGEN

Die Corona-Zeit hat starke soziale und psychische Folgen für Kinder und Jugendliche. Wie gleichen Sie die Ungerechtigkeiten und langfristigen Folgen aus und stellen Chancengleichheit her, z.B. in Bezug auf Entwicklungsmöglichkeiten und Armut bei jungen Menschen U27?

ANTWORTEN DER CDU

Viele Schülerinnen und Schüler leiden unter den psychischen und psychosozialen Folgen der Pandemie. Wir wissen das, kennen die Datenlage dazu, nehmen das sehr ernst und haben zügig bereits erste Maßnahmen ergriffen. Wir haben ein Corona-Aufholprogramm über 20 Millionen € aufgelegt, mit dem Kinder, die unter der Pandemie besonders gelitten haben, umfangreiche Unterstützung und Hilfe erhalten. Wir fördern darüber hinaus verschiedene Projekte, die dieses Thema adressieren, wie z.B. das Projekt "ProJung". Wir können uns darüber hinaus sehr gut vorstellen, weitere mehrere Millionen Euro für notwendige und wichtige unterschiedliche Unterstützungssysteme an Schulen sowie für Präventions- und Frühinterventionsmaßnahmen bereitzustellen. Dazu gehören u.a. bestehende Projekte zur Förderung und zum Erhalt der psychischen Gesundheit, der schulpädagogische Dienst, die Schulsozialarbeit und weitere bestehende Institutionen in diesem Bereich.

ANTWORTEN DER SPD

Kinder und Jugendliche müssen seit über zwei Jahren mit großen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie fertig werden. Diese Lebenserfahrungen verschärfen sich durch den Krieg in der Ukraine mit Nachrichten und Bildern über extreme Gewalt und Ängsten über eine unsichere Zukunft. Wir wollen Schwag-Holstein zum kinder- und jugendfreundlichsten Bundesland machen. Kinder- und jugendfreundlich heißt für uns: Eltern, Familien, Staat und Gesellschaft sorgen gemeinsam dafür, dass jedes Kind und alle Jugendlichen gut und geborgen aufwachsen können. Jedes Kind und alle Jugendlichen sollen unabhängig von ihrer Herkunft, die gleichen Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert! So beugen wir sozialer Spaltung vor und sorgen für sozialen Zusammenhalt von Anfang an. Wir setzen auf Chancengerechtigkeit. Deshalb muss in allen Bildungseinrichtungen die digitale Kompetenz von Kindern aus weniger privilegierten Familien gezielt gefördert werden. Mit der Einführung der Kindergrundsicherung wird es leichter sein, allen Kindern die digitale Teilhabe zu ermöglichen. Kindergrundsicherung bedeutet für uns eine einheitliche und armutsfeste Existenzgrundlage für Kinder und Jugendliche, die sozioökonomische, digitale und schulische Teilhabe sicherstellt. Wir werden dafür sorgen, dass die Leistungen bei den Kindern und Jugendlichen vollumfänglich ankommen. Unser langfristiges Ziel ist es, dass insbesondere Kinder und Jugendliche Bus und Bahn kostenfrei nutzen können. Auf dem Weg zur gleichberechtigten Nutzung von Bus und Bahn wollen wir zusammen mit den Kommunen ein 365-Euro-Ticket für Kinder und Jugendliche einführen. Wir werden für einen flächendeckenden schnellen Internetzugang und einen wohnortnahen Zugang zu Angeboten der Jugendberbeit sorgen.

ANTWORTEN VON B'90/GRÜNEN

Kinder, Jugendliche und ihre Familien waren und sind von der Corona-Pandemie in mehrfacher Hinsicht besonders betroffen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass bei den Expert*innenanhörungen im Landtag die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien berücksichtigt und ihre Stimmen gehört wurden. Wir haben Landesmittel für die Coronabestrittenen Kosten, z.B. für digitale Angebote und Einnahmefälle in der Kinder- und Jugendhilfe und für die Beratungsstellen bereitgestellt. Wir treten dafür ein, dass das Kindeswohl bei allen Entscheidungen und Maßnahmen vorrangig berücksichtigt wird. Um den steigenden psychosozialen Anforderungen gerecht zu werden, konnten wir unsere Jamaika-Koalitionspartner*innen davon überzeugen, ein 10 Millionen Euro Programm für die psychosoziale Beratung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen durch Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen aufzulegen. Von Grüner Seite wollen wir im Bund einen „Corona-Zuschuss“ von 100 Euro im Monat für Erwachsene und 60 Euro für Kinder und Jugendliche zum Regelzust auszahlen. Aber die alte Bundesregierung hat anders entschieden. Im Ampel-Koalitionsvertrag konnten wir u. a. die Einführung einer Kindergrundsicherung, ein Sanktionsmoratorium für Harz-IV-Leistungen und perspektivische Verbesserungen bei Grundsicherung und BAföG verankern

ANTWORTEN DER FDP

Durch die Coronapandemie haben gerade Kinder und Jugendliche besonders gelitten. Deswegen wollen wir hier für einen Ausgleich sorgen. Wir planen die Identifizierung von Belastungen der Familien in Folge der Coronakrise und die Schaffung wirksamer Ausgleichs- und Hilfsangebote durch zusätzliche Angebote in bestehenden Strukturen, z.B. durch Beratungsmöglichkeiten sowie Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Auch wollen wir verstärkt auf Maßnahmen der Jugendhilfe setzen: Wir werden eine stärkere Kooperation der Akteure des Hilfesystems fördern, insbesondere der Jobcenter, Jugendämter, Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft und der Bildungseinrichtungen. Uns ist wichtig, dass die schnelle Unterstützung von akut von Wohnungslosigkeit bedrohten Jugendlichen verbessert wird, z.B. durch eine durchgehend erreichbare Kontaktstelle und ein Angebot von Zofalwohnungen.

ANTWORTEN DES SSW

Ohne Zweifel sind die Belange von Kindern und Jugendlichen in den vergangenen 2 Jahren deutlich zu kurz gekommen. Deshalb hat der SSW zum Beispiel dafür gesorgt, dass Jugendliche in den Anhörungen des Landtages zu den Folgen der Pandemie überhaupt zu Wort kommen konnten. Doch Kinder und Jugendliche haben längst nicht die starke Stimme und Lobby, die sie brauchen. Das wird zum Beispiel immer wieder am Fall der nicht-schulpflichtigen Heimkinder bei uns in Schleswig-Holstein deutlich. Wir setzen uns seit Jahren für diese Gruppe ein, doch leider fehlt ganz offensichtlich sogar mit Blick auf diese wirklich stark benachteiligten jungen Menschen der nötige politische Wille für Verbesserungen bzw. ganz konkret für die Durchsetzung ihres Rechts auf Bildung. Daher ist völlig klar, dass wir den Kindern und Jugendlichen im Land noch viel stärker zu ihren Rechten verhelfen müssen. Insbesondere durch den kostenfreien Zugang zu allen Bildungsangeboten in höchstmöglicher Qualität.

Wie stellen Sie sicher, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche an gesellschaftlichen Entscheidungen beteiligt werden?

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Daher sollen sie bei gesellschaftlichen Entscheidungen mitbestimmen dürfen. Wir wollen sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene ihre Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verstärkt wahrnehmen und nutzen können. Bei Vorhaben auf kommunaler Ebene, die Kinder und Jugendliche betreffen, sind sie bereits jetzt gesetzlich zu beteiligen. Dies erfolgt allerdings nicht überall in gleichem Maße. Daher werden wir die Möglichkeit von landesweit einheitlichen Standards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen prüfen. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass auf Landesebene eine legitimierte direkte Kinder- und Jugendvertretung eingerichtet wird. Wir erhoffen uns von den starken Stimmen der Kinder und Jugendliche auch neue und gute Impulse für die Gesellschaft und für unsere politische Arbeit.

Das Recht, sich zu beteiligen, ist keine Frage des Alters. Es ist in Krisenzeiten wichtiger denn je, und deshalb wollen wir es - ebenso wie den Vorrang des Kindeswohls - in der Landesverfassung verankern. Wir unterstützen Kitas darin, mehr Beteiligung für alle Altersgruppen zu ermöglichen. Mit einer Demokratie-Kampagne für alle Kindertragstätten sollen alle Kitas ein Demokratie-Konzept erarbeiten, damit die Kinder vor dem Eintritt in die Schule ihre Rechte kennen. Politische und wirtschaftliche Bildung und die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung müssen an allen Schulen und in allen Altersstufen einen hohen Stellenwert haben. Demokratie muss praktisch gelernt werden, indem Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen in den Bildungseinrichtungen (besonders den Schüler*innenvertretungen) und in allen Lebensbereichen teilhaben. Dazu brauchen wir auch Weiterbildungsmaßnahmen für Pädagog*innen. Der Dialog mit Eltern und Schüler*innen wird für uns einen höheren Stellenwert haben, als das bei der jetzigen Landesregierung der Fall ist. In viele Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche zu wenig beteiligt. Ihre Beteiligung wird selten ernst genommen und findet in der Realität kaum Beachtung. Wir wollen gute Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich machen.

SH ist durch die Einführung des § 47f Gemeindeordnung bei der verbindlichen Kinder- und Jugendbeteiligung bundesweit Vorreiter gewesen. Es gibt viele gute Beispiele im Land wie Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Leider findet dies trotz verpflichtendem Charakter aber nicht überall statt, es fehlen Sanktionsmöglichkeiten. Wir werden die Amts-, Gemeinde- und Kreisordnung sowie das Schul- und Jugendfördergesetz harmonisieren und eine Musterstatute für Kinder- und Jugendbeiräte erlassen. Ein*e Kinder- und Jugendbeauftragte*r des Landes soll die Kinder- und Jugendbeteiligung künftig evaluieren und fortschreiben, damit weitere Maßnahmen identifiziert und auf den Weg gebracht werden. Kinder und Jugendliche sollen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen stärker im öffentlichen Raum und in der politischen Arbeit repräsentiert sein. Wir wollen die Kinderrechte stärken und das Recht auf Beteiligung und den Vorrang des Kindeswohls in die Landesverfassung aufnehmen. Um Gesetzesfolgen für junge Menschen abschätzen zu können, soll perspektivisch bei neuen Gesetzen ein Jugend-Check eingeführt werden.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zu einer stärkeren Bürgerbeteiligung führen, denn nur so schaffen wir eine breite Unterstützung für die Demokratie und die demokratischen Institutionen. Wir wollen bereits in den Schulen dafür sorgen, dass durch geeignete Unterrichtsformen wie beispielsweise Projektunterricht, Kooperationen mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen, Planspiele etc. eine enge Bindung an die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse geschaffen wird. Dazu gehört z.B. auch, die Ziele einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu fördern. Unseren Schulen muss ermöglicht werden, breite Diskussionen und Beschäftigungen mit den unterschiedlichen Themen im gesellschaftlichen Umfeld zu führen und so die Schüler an den Prozessen der Meinungsfindung zu beteiligen.

Dem SSW ist es ein sehr wichtiges Anliegen, Politik nicht nur für junge Menschen transparent zu machen, sondern politische Entscheidungen auch jugendgerechter zu gestalten. Neben der enorm wichtigen Einbindung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene setzen wir uns z.B. auch für mehr Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen ein. Außerdem werden wir eine weitere Konkretisierung der Kinderrechte in unserer Landesverfassung fordern und uns weiterhin für eine grundsätzlich jugendgerechtere Politik einsetzen (siehe z.B. unsere Landtagsinitiative zur Einführung eines Jugendchecks: <https://www.landtag.lsh.de/infothek/wahl19/drucks/03500/drucksache-19-03522.pdf>)

In der ehrenamtlichen Jugendarbeit ist durch Corona eine Generationenlücke u.a. bei Jugendleiter*innen entstanden. Was planen Sie, um ehrenamtliches Engagement in den Jugendverbänden zu stärken und die Jugendverbände bei der Weiterentwicklung zu unterstützen?

Die Arbeit der Jugendverbände erachten wir als sehr wichtig und wertvoll. Wir sind auf alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer angewiesen. Deshalb müssen wir das ehrenamtliche Engagement grundsätzlich stärker fördern und unterstützen. Dafür wollen unter anderem die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Jahres in der Schulzeit prüfen, um Schülerinnen und Schüler an Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement heranzuführen. Wir wollen uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten bis zu einem Höchstbetrag von monatlich 1.000 Euro steuerfrei möglich sind. Selbstverständlich werden wir auch die wichtige Arbeit der Jugendverbände weiter fördern und unterstützen.

Ehrenamtliches Engagement ist in allen gesellschaftlichen Bereichen unverzichtbar. Es ist dieses Engagement, das einen großen Teil zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt. Auch viele Jugendverbände haben die Folgen der Corona-Pandemie, etwa dem Rückgang von Mitgliedern und Ehrenamtlichen, zu verarbeiten. Dabei werden wir ihnen passgenaue Unterstützung anbieten, in den letzten Jahren haben wir uns besonders für eine Förderung ihrer digitalen Angebote eingesetzt. Wir wollen zudem das selbstorganisierte Engagement von Jugendlichen stärken. Für alle Angebote gilt, dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf. Wir fördern daher benachteiligte Kinder und Jugendliche, damit sie selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können. Zudem wollen wir auch junge Geflüchtete - nicht nur die aus der Ukraine - dazu motivieren, sich im Jugendbereich zu engagieren. Wir fördern auch die Weiterentwicklung der bundeseinheitlichen Karte für ausgebildete Jugendleiter*innen (Juleica) in Schleswig-Holstein, indem wir die digitale Beantragung von Freistellung/Verdienstaussfall ermöglichen.

Unser Ziel ist es, bestehende Unterstützungsleistungen für Ehrenamtliche zu verbessern, z.B. in Form von Ermäßigungen im ÖPNV oder zeitlich befristete Parkmöglichkeiten. Auch Orte, in denen bürgerschaftliches Engagement Raum und Infrastruktur findet, wollen wir stärken. Gerade an Schnittstellen zwischen Ehrenamt und Hauptamt ist personale Kontinuität entscheidend. Dafür machen wir uns im Rahmen einer Gesamtstrategie für das Ehrenamt stark und berücksichtigen dabei auch die besonderen Herausforderungen und Bedarfe der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Wir möchten, dass ehrenamtliches Engagement auch mit Schule, Studium, Ausbildung und Arbeit in Einklang gebracht werden kann und berücksichtigt wird. Unser Ziel ist es, jungen Menschen aus allen Einkommensschichten die Möglichkeit zu einem Freiwilligendienst zu bieten. Dafür setzen wir uns für eine weitere Vernetzung von Einsatzstellen und Freiwilligenagenturen, ein günstiges ÖPNV-Angebot und Fortbildungsmöglichkeiten für Freiwillige ein. Außerdem wollen wir auf Bundesebene mehr finanzielle Unterstützung für Freiwilligendienstleistende erwirken

Das Ehrenamt braucht Unterstützung. Schon vor der Pandemie haben wir einen Rückgang beim ehrenamtlichen Engagement gesehen, was sich durch Corona leider noch einmal verstärkt hat. Wir wollen eine starke Gesellschaft und damit einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist das ehrenamtliche Engagement, denn der Sozialstaat allein kann trotz aller notwendigen und gewünschten professionellen Strukturen und Angebote nicht auf das ehrenamtliche Engagement seiner Bürger als Ergänzung verzichten. Damit das Ehrenamt gut arbeiten kann, braucht es auch professionelle Unterstützung, um in administrativen, organisatorischen oder fachlichen Belangen unterstützt zu werden. Nach dem Grundsatz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ will die FDP Schleswig-Holstein die Strukturen stärken. Auch die Ehrenamtsstrategie des Landes soll fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um die verschiedenen ehrenamtlich Tätigen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Aus Sicht des SSW verdient das Ehrenamt deutlich mehr Respekt und Anerkennung, als es bekommt. Grundsätzlich haben und werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt so unterstützend wie irgend möglich gestaltet werden. Wie insgesamt im Ehrenamt hat auch die ehrenamtliche Jugendarbeit stark durch die Pandemie gelitten. Wir sehen das Problem der beschriebenen Generationenlücke bei den Jugendleiter*innen und werden natürlich auch in diesem Bereich nach einer praktikablen Lösung suchen. In jedem Fall sehen wir einen Teil der Lösung darin, die begleitenden hauptamtlichen Strukturen so zu stärken, dass eine optimale Betreuung der Ehrenamtler*innen möglich ist. In diesem Sinne werden wir uns auch im Rahmen unserer Landtagsarbeit einsetzen.

Digitalisierung, Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion: Was tun Sie, um diese gesellschaftlichen Herausforderungen im Sinne junger Menschen zu gestalten?

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen bei gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Entscheidungen hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Daher wollen wir sie mehr einbinden und eine direkte Kinder- und Jugendvertretung auf Landesebene einrichten. Bei kommunalen Angelegenheiten geht es häufig um digitale Vorhaben und/oder klimaschützende Maßnahmen. Auch auf dieser Ebene wollen wir junge Menschen motivieren, sich mit einer starken Stimme einzubringen. Jugendliche haben oftmals eine andere und differenziertere Sicht auf Probleme und Chancen, von denen sowohl die Gesellschaft als auch die Politik profitieren kann.

Die SPD setzt sich für die Einführung eines Jugend-Checks für Gesetze und Verordnungen in Schleswig-Holstein ein. Der sogenannte Jugend-Check ist mittlerweile ein gut erprobtes Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung, das für mehr Jugendgerechtigkeit und mehr Jugendbeteiligung sorgen kann. Viele Gesetzesvorhaben, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden auf Länderebene erarbeitet. Der Jugend-Check stellt hierbei kein klassisches Beteiligungsinstrument dar, ermöglicht aber, die Auswirkungen von Gesetzen auf Jugendliche transparent zu machen. Darüber hinaus werden wir grundsätzlich dafür sorgen, dass Paragraph 47 (f) der Gemeindeordnung zur Beteiligung von Kinder und Jugendlichen in Planungsprozessen konsequent berücksichtigt wird.

Klimaschutz, Digitalisierung und Geschlechtergerechtigkeit sind drei der Kernthemen von uns Grünen. Unser alter Leitsatz „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ zeigt, dass wir den Erhalt von Lebensgrundlagen für kommende Generationen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Aber um wirklich im Sinne junger Menschen politisch gestalten zu können, ist es wichtig, der Meinung junger Menschen mehr Gehör zu verschaffen. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende und konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen politischen Ebenen sowie in der Kita, der Schule, der Jugendberbeit und in der Jugendhilfe ein. Auf Landesebene streben wir die Bildung einer Landesjugendvertretung an, in der verschiedene Gruppen junger Menschen vertreten sein sollen. Dazu setzen wir auf Basis der Verbindlichkeit für die Bildung von Schüler*innenvertretungen und Kinder- und Jugendbeiräten. Beide sollen miteinander verzahnt und vernetzt werden dürfen. Auf Basis der Jugendstrategie der Bundesregierung wollen wir eine jugendpolitische Landesstrategie entwickeln, welche die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt.

Wir wollen bei allen Fragen der Zukunft die gesamte Gesellschaft mit einbinden, denn nur so schaffen wir eine Grundlage für gesellschaftliche Diskussionsprozesse, die einen breiten Austausch über alle Gesellschaftsbereiche hinweg garantiert. Die Digitalisierung wird für unsere Verwaltung, die berufliche Weiterbildung, sowie die Schulen und Universitäten vorangetrieben werden müssen. Dafür brauchen wir einen weiteren Digitalpakt, damit vor allem im Bildungsbereich ein Aufholprozess bei der Modernisierung unserer Schulen und Hochschulen starten kann. Wir brauchen verstärkte Anstrengungen beim BAföG, um mehr jungen Menschen schneller und effektiver zu einer Ausbildungsberufung zu verhelfen. In den Schulen unterstützen wir die Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung und wollen sie dort als Querschnittsaufgabe für alle Fächer etablieren. Denn nur über ausreichend und gute Bildung schaffen wir es, den Herausforderungen der Zukunft wirksam und chancengerecht zu begegnen.

Dem SSW ist wichtig, dass die Digitalisierung nicht zur Spaltung zwischen denjenigen führt, die sich den Zugang zu technischen Geräten und z.B. zum mobilen Internet leisten können, und denjenigen, die diese Ressourcen nicht haben. Hier muss das Land viele Familien stärker unterstützen. Dass wir alles daran setzen müssen, um den Klimawandel zu verlangsamen und zu stoppen, steht für uns außer Frage. Beim Thema Geschlechtergerechtigkeit streben wir eine Ausweitung des Landesaktionsplans Echte Vielfalt an. Wir brauchen mehr Mittel, um ein wirklich flächendeckend eine Akzeptanzförderung sexueller und geschlechtlicher Orientierung bewirken zu können. Und für uns ist klar, dass Inklusion und inklusive Unterrichtssetzung in Zukunft fester Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung sein müssen. Inklusion soll konsequent über den Einsatz multiprofessioneller Teams an all unseren Schulformen verwirklicht werden. Hierfür braucht es mehr Ressourcen als bisher.

In SH wird die Ganztagschule ausgebaut und es werden schulische Angebote auf die Ferien ausgedehnt. Wie sorgen Sie dafür, dass das Recht auf Erholung und Freizeit und Freiräume für die Persönlichkeitsentwicklung von Schüler*innen erhalten bleiben?

Mit dem Ganztagsanspruch ab 2026 wird die Schule stärker als zuvor nicht nur Lern-, sondern auch Lebensort. Wir werden in einem Dialogprozess mit allen Beteiligten den nötigen Rahmenbedingungen dafür beschreiben. Dazu gehört die Einführung von Kooperationszeiten, in denen die Schülerinnen und Schüler keine klassische Unterrichtszeit haben. Im Rahmen des Ganztags wollen wir die Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe, den Partnern der außerschulischen Bildung, des Sports und aus dem Vereins- und Verbandswesen intensivieren. Dabei setzen wir auch auf bewährte Strukturen: unsere einzigartige Vereins- und Verbandslandschaft in S-H bietet vielfältige Möglichkeiten, die dort verankerten Kompetenzen und Leidenschaft für die unterschiedlichsten Themen in die Schulen zu transportieren und dort zu leben. Daher wollen wir aktiv auf Vereine und Verbände zugehen, um Kindern und Jugendlichen zusammen mit diesen Partnern das Recht auf Freizeit, ehrenamtliches Engagement und Erholung zu geben.

Ganztagschule heißt nicht Ganztagsunterricht. Gute Ganztagsschulangebote und gebundene Ganztagsstunden, deren Zahl wir erhöhen wollen, sollen nicht nur die Chancengerechtigkeit - gerade für Schüler*innen mit schwierigen Startvoraussetzungen - sondern auch das Sozialverhalten, die Freude am Lernen und damit auch die Schulnoten verbessern. Sie müssen Freiräume für selbstbestimmtes Lernen, für Freizeitangebote und für Ruhephasen beinhalten. Für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche gilt, dass es eine vernünftige Work-Life-Balance geben muss. Das muss sich auch in der Arbeit der Ganztagschule wiederfinden. Aus Sicht der Eltern muss sie verlässlich sein, auch in den Ferien. Die derzeitige Landesregierung hat die Zusatzangebote in den Ferien schlecht organisiert, mit denen Schüler*innen Corona-bedingte Defizite ausgleichen sollten. Corona verlangt den Schüler*innen, Lehrer*innen und Familien sehr viel ab.

Wir GRÜNE stehen für eine ganzheitliche Bildung, die Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt, alle Schüler*innen auf ihrem individuellen Bildungsweg bestmöglich begleitet und jedem Kind die besten Chancen bietet. Wir sehen Schule und Jugendberbeit als zwei gleichberechtigte Elemente, die dieses Ziel umsetzen. Dazu braucht es gut ausgebildete multiprofessionelle Teams und eine gute Verzahnung zwischen Schulvor- und -nachmittag. Ganztagschule braucht eine gute Rhythmisierung mit vielfältigen Angeboten. Wir sehen es als wichtig an, außerschulische Partner*innen einzubinden. Wir unterstützen, dass alle am Ganztage Beteiligten ein Rahmenkonzept für Schleswig-Holstein entwickeln, so dass der Ganztage nicht nur als Betreuungs-, sondern auch als Bildungsangebot zukunftsgerichtet aufgestellt wird. Eine Orientierung an den Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein ermöglicht es, Kinder und Jugendliche ganzheitlich wahrzunehmen

Sowohl der offene als auch der gebundene Ganztagsunterricht ist dazu geeignet, einen unterschiedlichen Bildungsstand der Schüler auszugleichen. Dazu wollen wir die Qualität der Ganztagsstunden deutlich verbessern und z.B. den bis 2025 vorgesehenen bundesweiten Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen so schnell wie möglich umsetzen. Dabei werden wir den Schulen mehr Gestaltungsspielraum in der Umsetzung einer verlässlichen Ganztagsbetreuung gewähren, um so ein vielfältigeres Bildungsangebot und eine verlässliche Betreuung zu gewährleisten. Dabei wird wichtig sein, eine Balance zwischen verbindlichen Bildungsinhalten der Schule, der Betreuung und dem Freizeitbedürfnis herzustellen. Wir wollen, dass die Ferienzeiten für Erholung da ist und nicht dafür eingesetzt wird, um Lehrinhalte und Unterrichtsangebote in diese Zeit zu verlegen oder anzubieten.

Wir wollen den Ausbau der Ganztagsangebote wohlwollend und konstruktiv begleiten und die Ferienbetreuung ausbauen. Ob die Angebote offen oder gebunden sein sollen, muss aus unserer Sicht gemeinsam mit den Schulträgern und Eltern entschieden werden. Hier ist der Bedarf vor Ort entscheidend. Wir finden aber, dass alle Schulkinder unter 12 Jahren die Option auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot haben sollten. Dabei wollen wir Unterricht und außerschulische Angebote z.B. von Sportvereinen und Musikschulen verbinden und freie Wahlmöglichkeiten schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Lücke zwischen den langen Schulfreizeiten und den meistens kürzeren Urlaubsphasen der Eltern geschlossen wird und alle Familien mit Grundschulkindern in den Ferienzeiten auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können. Dies wären selbstverständlich freiwillige Angebote.

Die Corona-Zeit und Investitionen z.B. für Digitalisierung, Inklusion und Klimaschutz stellen Einrichtungen der Jugendarbeit vor finanzielle Herausforderungen. Wie sorgen Sie für eine angemessene räumliche Infrastruktur für Gruppen- und Schulfahrten, Vereine und Offene Jugendarbeit in SH?

Der Schulbau der Zukunft muss den Bedürfnissen aller in und an der Schule Beteiligten entsprechen. Die Schule als Lebensort schließt viel mehr ein, als nur den klassischen Unterricht. Wir werden die Schulträger beim Schulbau auch über 2023 hinaus bestmöglich unterstützen und fördern und die Schulträger dabei begleiten, zu prüfen, inwieweit nachhaltiger Schulbau ermöglicht werden kann. Dabei setzen wir uns für ein gemeinsam mit den kommunalen Land-desverändern entwickeltes Musterraumprogramm als Empfehlung für die optimale Ausgestaltung des Klassenraums der Zukunft ein.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern der Jugendarbeit eine leistungsfähige Infrastruktur für die Jugendarbeit entwickeln und stärken. Wir werden Medienberatungen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern und Fachpersonal weiter ausbauen. Gemeinsam mit dem Offenen Kanal Kiel und weiteren Anbietern werden wir Konzepte zur Medienkompetenzschulung für Kindergarten- und Grundschulkindern sowie die Jugendberbeit entwickeln. Für alle Angebote gilt, dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf. Wir fördern daher benachteiligte Kinder und Jugendliche, damit sie selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können. Darüber hinaus initiieren wir für den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendberbeit eine landesweite Koordination. Gerade die Angebote der Offenen Arbeit sind mit ihrem niedrigschwelligem Zugang wichtige Einrichtungen der sozialräumlichen Infrastruktur. Auch wenn Corona und Ukraine-Krieg die öffentlichen Haushalte unter Druck setzen, darf es keine Haushaltsanreize zu Lasten der Jugendarbeit geben. Deswegen braucht es mit der SPD wieder eine Partei in der Regierung, die das Soziale und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder in den Vordergrund von Politik stellt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund einen Digitalpakt für Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendhilfe auf den Weg bringt. Außerschulische Lernorte eignen sich hervorragend für das gemeinsame Entwickeln von Medienkompetenz. Wir wollen mit jugendgerechter Infrastruktur im öffentlichen Raum Rückzugs- und Aufenthaltsräume schaffen, in denen junge Menschen unter sich sein können, die auch informelle und spontane Begegnungen ermöglichen. Offene Kinder- und Jugendarbeit wollen wir finanziell unterstützen und ein Programm aufsetzen, um diese kindernah zu erweitern, auszubauen und neu zu eröffnen. Auch jugendgerechte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote wollen wir insb. in den ländlichen Räumen und in armutsgefährdeten Stadtteilen stärker fördern. Um bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen, sollen die Bedürfnisse von jungen Menschen auch in die Stadtplanung und die Gestaltung des öffentlichen Raums mit einbezogen werden. Zudem unterstützen wir die Schulen und Träger*innen mit einem Aktionsplan gegen Rassismus, Gewalt und Sucht und gehen damit präventiv auf die Jugendlichen zu.

Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen, wie wir die begrenzten Haushaltsmittel in Schleswig-Holstein zukünftig sinnvoll investieren wollen. Wir Freie Demokraten wollen dabei vor allem die Investitionsvollkommen erhöhen, um nicht nur beim Personal aufzustocken, sondern auch in Räume, Infrastruktur und die Sanierung der Gebäude Geld zu investieren.

Der SSW hat nicht nur jegliche Corona-Notkredite und Sonderprogramme zur Abmilderung der Pandemiefolgen mitgetragen, sondern auch Vorhaben wie das Impulsprogramm des Landes unterstützt. In diesem Rahmen können eben jene angesprochenen Investitionen in Digitalisierung, Inklusion und Klimaschutz gefördert werden. Nach unserem Verständnis ist es eine vordringliche Aufgabe des Landes, Träger und Vereine bzw. Einrichtungen der Jugendarbeit finanziell bei diesen Herausforderungen zu unterstützen. Ob das Land hierüber hinaus auch flächendeckend für eine angemessene räumliche Infrastruktur für Gruppen- und Schulfahrten, Vereine und Offene Jugendarbeit sorgen kann, werden wir sehr gerne prüfen.

Was tun Sie für ein besseres demokratisches Miteinander und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus?

Politische Bildung für junge Menschen ist uns besonders wichtig. Früher Kontakt mit Demokratiebildung unterstützt eine positive Einstellung zu unserer freiheitlichen Gesellschaft. In den Kitas können wir mit kindgerechten Formaten der Demokratiebildung unsere Kleinsten an unser demokratisches Gemeinwohl heranführen. Unser Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler auch außerhalb von Wahlkämpfen und politischen Hochphasen direkten Kontakt mit Politikerinnen und Politikern aller Ebenen haben und bekommen und gehört werden. Wir wollen die politische Bildung auch im Schulunterricht weiter ausbauen. Dafür wollen wir die Anzahl von verpflichtenden WiPo-Stunden in der Sekundarstufe I von vier Stunden auf fünf Stunden erhöhen. Für die neue Stunde soll der Fokus auf historisch-politische Bildung gesetzt werden. Auch die wichtige Vermittlung von Medienkompetenz zählt zur Demokratiebildung.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie) darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir unterstützen daher die Arbeit der Landesweiten Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus (LDA-SH) und arbeiten mit dem Landesbeauftragten für jüdisches Leben, den jüdischen Gemeinden sowie der Zivilgesellschaft zusammen, auch beim Aufdecken antisemitischer Vorurteile und Verschwörungserzählungen. Wir wollen die Mittelvergabe für öffentliche Politikförderung an das Kriterium der Diversität koppeln. Die Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus haben wir den Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit gestärkt und werden dieses weiter ausbauen, sodass die Zivilgesellschaft überall in Schleswig-Holstein ortsnah Ansprechpartner*innen hat. Zudem werden wir die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit vorantreiben.

Wir wollen mit zahlreichen Maßnahmen Diskriminierung und Rechtsextremismus bekämpfen, z.B. möchten wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen, das alle Diskriminierungsformen im Blick hat und ein kommunales Monitoring über Alltagsrassismus mit wissenschaftlicher Begleitung durchführt. Um gegen Antisemitismus vorzugehen und Dokumentationen von Vorfällen vornehmen zu können, wollen wir die Landesweite Informations- & Dokumentationsstelle Antisemitismus und den*die Landesbeauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus stärken. Wir möchten Demokratiebildung für alle Altersgruppen sicherstellen und Möglichkeiten ausbauen, sich über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortzubilden. Wir werden eine Strategie gegen Gewalt gegen Frauen als Thema der inneren Sicherheit erarbeiten und uns auf Bundesebene für ein Verbot sexistischer Werbung einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen und Netzwerke für die Sicherheitsbehörden an oberster Stelle steht.

Wir beobachten mit großer Besorgnis, dass zunehmend Menschen aller Altersgruppen den Parolen von Parteien und Organisationen, die demokratische Grundrechte, die Legitimität staatlicher Institutionen und den Rechtsstaat negieren, folgen. Extremismus auf dem Linken und dem Rechten politischen Spektrum, Rassismus und Antisemitismus nehmen beängstigende Züge an. Wir werden uns vor allem an unseren Bildungsinstitutionen gegen jede Form von Extremismus stellen und uns für die freiheitliche demokratische Grundordnung stark machen. Deshalb werden wir unter anderem an unseren Hochschulen die Wissenschaftsfreiheit stärken, indem wir Extremismus konsequent entgegenretten, der Cancel Culture eine Absage erteilen und die Redefreiheit stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder ein Recht auf seine Meinung und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben hat, ungeachtet der Herkunft, Religion oder Geschlecht.

Wir stehen für eine Weiterführung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und haben zuletzt insbesondere dafür gesorgt, dass die deutsch-dänische Kolonialgeschichte Schleswig-Holsteins parlamentarisch wurde, um Rassismus als System zu verstehen. Wir fordern den Ausbau zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen, die Stärkung von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind und eine bessere Präventionsarbeit neben der Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten. Politische Bildung fängt für den SSW im Kindesalter an. Wir haben uns daher in der zuletzt dafür eingesetzt, die Politische Bildung zu stärken und den Unterricht im Fach WiPo an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen verpflichtend aufzustocken. Jamaika ist dieser Forderung nur teilweise nachgekommen, so dass wir eine Überprüfung der Umsetzung fordern. Gerade die Demokratiebildung sollte aus unserer Sicht hier einen besonderen Stellenwert einnehmen.

Was tun Sie, um jungen Geflüchteten ein gutes Aufwachsen in Schleswig-Holstein zu ermöglichen?

Um jungen geflüchteten Menschen hier in Schleswig-Holstein ein gutes und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, wollen wir die dafür vorhandenen Strukturen und fördernde Maß-nahmen stärken. Wir wollen unter anderem bilingualen sowie herkunftssprachlichen Unterricht anbieten. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wollen wir Sprachangebote der Herkunftsländer gezielt ausbauen. Wir wollen uns ebenfalls für internationale Schulangebote einsetzen. Hinzu kommen sollen Pilotprojekte, wie beispielsweise mobile Kinder- und Jugendzentren, jungen Geflüchteten den Austausch zu Gleichaltrigen ermöglichen und so den integrativen Prozess verbessern.

Wichtig ist es, dass geflüchtete Jugendliche und Kinder früh in die Gesellschaft integriert werden. Dies wird nur dadurch ermöglicht, dass sie nicht mehr in Sammelunterkünften untergebracht werden, sondern von Anfang an eine öffentliche Schule besuchen. Das gilt auch für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, die wir nicht nach ukrainischen Lehrplänen unterrichten wollen. Der Bedarf an „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) bleibt hoch - nicht nur durch geflüchtete Schüler*innen im Studium und in der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte wollen wir diese Qualifikation weiter verankern. Zusätzliche DaZ-Förderstunden müssen auch auf der sogenannten Integrationsstufe eingesetzt werden, um jungen zugewanderten Menschen einen nachhaltigen Bildungserfolg zu ermöglichen. Auch in der Praxis muss Integration stattfinden. Wir wollen daher junge Geflüchtete motivieren, sich an der Jugendarbeit zu beteiligen. Des Weiteren müssen entsprechende psychosoziale Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche bereitgestellt werden, um ihnen die bestmögliche Unterstützung ihrer psychosozialen Gesundheit zu ermöglichen. Hierfür stellt der Landtag Mittel für ein Sofortprogramm mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verfügung.

Wir möchten von Beginn an Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten durch den Zugang zu Sprache, Ausbildung und auch medizinischer Versorgung ermöglichen. Kinder und Jugendliche sollen von Anfang an in Kita und Schule gehen können und schnell Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Viele Geflüchtete kommen als Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren nach Deutschland. Sich in diesem Alter in ein neues Schulsystem mit anderer Lernkultur hineinzufinden, ist eine große Herausforderung. Wir wollen aktiv unterstützen, dass der Schulabschluss gelingt, denn er ist Voraussetzung für einen qualifizierten Berufseinstieg. Um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gut zu unterstützen, soll die Finanzierung von Vormundschaftsvereinen und damit die Förderung ehrenamtlicher Vormundschaften langfristig gesichert werden.

Wir brauchen ein sinnvolles Zuwanderungsgesetz und werden entsprechende Initiativen auf Bundesebene konstruktiv begleiten, damit eine gelungene Integration gefördert und schnellstmöglich gelingen kann. Dafür brauchen wir unter anderem eine schnellere und bundesweite Anerkennung ausländischer Abschlüsse von Ausbildung und Studium, sodass hier keine langen Ausbildungswege noch einmal durchgeführt werden müssen. Wir brauchen sinnvolle Möglichkeiten, dass Betroffene eine doppelte Staatsangehörigkeit annehmen können. Darüber hinaus unterstützen wir Bestrebungen, eine beschleunigte Einbürgerung bei nachweislich sehr guter Integration zu ermöglichen. Wir setzen uns für eine schnelle Verbesserung von Sprachkenntnissen über ein breites und kostengünstiges Angebot von Sprach- und Integrationskursen ein.

Aus Sicht des SSW tragen Politik und Gesellschaft eine besondere Verantwortung für junge Geflüchtete bzw. für ihr Aufwachsen bei uns in Schleswig-Holstein. Nicht erst vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse in der Ukraine waren wir klar gesagt, dass wir selbstverständlich dazu bereit sind, mehr Mittel für die Versorgung Geflüchteter in die Hand zu nehmen und unsere soziale Infrastruktur insgesamt zu stärken. Und zwar in dem Maße, das nötig ist, um allen Menschen, die zu uns kommen, adäquat zu helfen. Das gilt für Traumapädagoginnen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder Kinder- und Jugendpsychiatrien ebenso wie z.B. auch für den Zugang zu allen Bildungs- und Sportangeboten im Land. Wir wollen, dass diese Strukturen für die Versorgung von mehr Menschen ausgeweitet werden. Und wir fordern, dass dem erhöhten Bedarf so schnell wie möglich eine verbesserte finanzielle, und wo immer möglich auch personelle, Ausstattung folgt.